

36**80**

Union in Deutschland

Bonn, den 24. September 1980

Endspurt: Noch einmal zulegen

Die letzte Woche des Wahlkampfes liegt vor uns. Sie ist entscheidend für den Wahlausgang, denn viele Bürger haben sich noch nicht in ihrer Wahlentscheidung festgelegt. Nutzen wir die letzten Tage zum verstärkten Einsatz für die CDU.

Die Union ist im Aufwind! Dies geht nicht nur aus den Umfragen der Meinungsforschungsinstitute hervor, dies ist auch bei allen Veranstaltungen und in den Medien festzustellen. Unser Wahlkampf beginnt sich auszuzahlen, während SPD und FDP auf der Zielgeraden die Luft ausgeht.

Diesen Trend gilt es in den letzten Tagen weiter zu verstärken. Deshalb ist jetzt jeder besonders gefordert. Jeder sollte sein persönliches Engagement noch einmal verstärken. Wir sind in der Offensive. Wir werden gewinnen, wenn es uns gelingt, nicht nur alle unsere Anhänger, sondern vor allem die noch Unentschiedenen zu überzeugen, ihre Stimme der Union zu geben.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, kämpfen Sie für die CDU und damit für eine Wende in der deutschen Politik.

Noch**11 Tage****bis zur****Bundestagswahl**

Heute im Wahlkampf

■ PRÄSIDIUM

Wir schaffen die politische Wende Seite 5

■ INFORMATIONEN

Erinnern Sie sich, Herr Bundeskanzler / Auch katholische SPD-Politiker verurteilen hohe Staatsverschuldung / Schmidt nervös und unbeherrscht / Verhetzte FDP-Jugend / Die SPD mißachtet den Willen der Eltern Seiten 6 bis 8

■ DEM WÄHLER SAGEN

Thema Steuern Seite 11

■ MEDIEN

Schwere Verstöße gegen journalistische Grundsätze Seite 12

■ DOKUMENTATION

Bilanz der Sozialpolitik der 70er Jahre grüner Teil

Hierbei kann jeder mithelfen — hier wird jeder gebraucht

Fernseh-Flugblätter verteilen

Am 2. Oktober ist im Fernsehen die große Diskussion zwischen Strauß, Kohl, Genscher und Schmidt. Die CDU kommentiert diese Sendung mit einem Flugblatt, daß noch in der gleichen Nacht fertiggestellt wird und am folgenden Morgen brandaktuell verteilt wird. Stellen Sie sich für die Mannschaft zur Verfügung, die die Verteilung übernimmt. Wenden Sie sich an Ihren CDU-Verband.

Die Straßendiskussion suchen

In den letzten Tagen vor der Wahl führen viele Verbände noch einmal Canvassing-Aktionen durch. Beteiligen Sie sich an den Canvassing-Aktionen Ihres Kreis- oder Gemeindeverbandes. Je mehr CDU-Mitglieder sich beteiligen, je stärker ist allein schon optisch das Bild der CDU in der Öffentlichkeit.

Zubringerdienst organisieren

Damit am Wahltag auch ältere Menschen und Gehbehinderte zum Wahllokal kommen, können Sie einen Zubringerdienst organisieren und mit Ihrem Auto diese Leute von ihrer Wohnung zum Wahllokal und zurück bringen. Erkundigen Sie sich, wer in Ihrer Nachbarschaft es schwer hat, zum Wahllokal zu kommen. Diese Hilfe wird gerne angenommen.

Oder sprechen Sie mit Ihrem Stadt- oder Gemeindeverband und organisieren mit Parteifreunden einen Einsatzdienst für den Wahltag mit einer Melde-

und Einsatzzentrale. Hier rufen Interessenten an, von hier werden die fahrberreiten Mitglieder informiert. Den Fahrtendienst und die Telefonnummer der Meldezentrale müssen Sie publizieren. Nutzen Sie Anzeigen und Flugblätter. Trommeln Sie heftig, denn allein schon die Werbung für Ihren Wahl-Fahrtendienst schafft Mobilisierung.

Auf die Fernsehsendungen der Union hinweisen

Die Fernsehspots der Union bieten eine gute Gelegenheit, um mit Freunden und Kollegen eine politische Diskussion zu beginnen. Das sind die letzten Termine der CDU- und der CSU-Fernsehspots:

25. September, 21 Uhr ARD;

27. September, 20.15 Uhr ARD, 19.21 Uhr ZDF;

1. Oktober, 20.15 Uhr ARD, 19.21 Uhr ZDF;

3. Oktober, 20.15 Uhr ARD, 19.21 Uhr ZDF.

Türanhänger verteilen

Für den Wahltag haben wir einen Türanhänger entwickelt. Er ist ein letzter Hinweis auf die Wahl und die Abgabe beider Stimmen für die CDU. Viele Verbände planen mit diesem Türanhänger eine Aktion für den Wahltag. Erkundigen Sie sich rechtzeitig, ob auch Ihr Verband eine solche Aktion durchführt und bieten Sie Ihre Mithilfe bei der Verteilung an.

Plakatierung kontrollieren

Fahren oder gehen Sie nicht achtlos an den Plakatständern vorbei. Informieren Sie Ihren Kreis- oder Gemeindeverband, wenn Sie beschädigte Plakate sehen.

02 28 (Bonn) 54 42 82: Der direkte Draht für den Endspurt

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle will alle Wahlkämpfer mit einer zusätzlichen aktuellen Wahlkampfhilfe unterstützen: Von Montag, 22. September, an, sind sie unter der Telefonnummer (02 28) 54 42 82 mit dem CDU-Endspurt-Telefon verbunden.

Sie erfahren dort, knapp und präzise, die neuesten Informationen. Sie hören Tips und Kommentare zu aktuellen Ereignissen. Damit der Wahlkampf in den letzten Tagen noch mehr Schwung und Dynamik erhält.

Also, von Montag, 22. September, an: Wählen Sie (02 28) 54 42 82 und Sie sind direkt mit dem CDU-Endspurt-Telefon verbunden.

Und das ist besonders wichtig!
Bei jeder Gelegenheit auf die Bedeutung der Zweitstimme hinweisen.
Beide Stimmen für die CDU!

Bestellschluß für Wahlkampfmaterial

Geben Sie noch rechtzeitig Ihre Materialbestellungen für Canvassing-Aktionen beim IS-Versandzentrum auf.

**Bestellschluß ist Montag,
der 29. September 1980, 16 Uhr**

Ausgenommen sind hiervon Bestellungen, für die Selbstabholung vereinbart wird.

Bitte planen Sie Ihren Materialbedarf so rechtzeitig, daß Ihnen Ihre Sendungen noch termingerecht zur Verfügung gestellt werden können.

LIEBE FREUNDE,

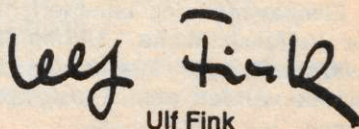
Endspurt! Die Ausgangssituation für den 5. Oktober ist besser geworden. Aber wir müssen noch viel tun. Unsere Themen sind: Frieden in Freiheit, Abbau der Staatsverschuldung, sichere Renten und sichere Energieversorgung, Hilfe für die Familie und innerer Frieden.

Der Versuch von Schmidt, sich als großer „Friedenskanzler“ darzustellen, ist gescheitert. „Süddeutsche Zeitung“ vom 18. September 1980: „Nichts dergleichen bestimmt den Wahlkampf der SPD, hingegen alles die Reaktion auf Rentenbetrug und Staatsverschuldung. Wenn es eines schlagenden Beweises für die Richtigkeit des Wahlkampfkonzeptes der CDU-Spitze unter Geißler bedurft hätte, hier wurde er erbracht.“

Noch einmal zum Rentenbetrug: Die SPD und Schmidt bestreiten gar nicht mehr, daß der Kanzler vor der Wahl etwas anderes gesagt hat als er nach der Wahl entschieden hat. Sie bestreiten nur noch den Vorsatz. Tatsächlich hat Schmidt aber vorsätzlich gehandelt. Dazu der fachkundige Journalist Walter Kannengießer in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 19. September 1980: „Es ist nachweisbar, daß Bundeskanzler Schmidt wenigstens zwei Monate vor der Wahl Klarheit über die Finanzlage der Rentenversicherung hatte. Aber die Akten wurden bis zum Wahltag in den Panzerschrank geschlossen.“

Nach den vielen Wahlkampftagen weiß ich, wie schwer die letzten Tage werden. Aber auf die letzten Tage kommt es an.

Ihr


Ulf Fink

Das ist am Wahltag wichtig

Der Wahlkampf endet erst, wenn die Wahllokale schließen. Bis dahin, d. h. um 18 Uhr, gibt es noch viele Möglichkeiten, Stimmen für die CDU zu gewinnen. Dazu einige Anregungen:

1 Telefonische Erinnerung

Rufen Sie Ihre Bekannten an und fragen Sie nach, ob diese schon zur Wahl gegangen sind. Da die Wahllokale bis 18.00 Uhr geöffnet sind, sollten Sie ruhig noch nachmittags anrufen, wenn viele von ihrem Sonntagsspaziergang zurück sind.

2 Abholdienst

Überprüfen Sie, ob alle in Frage kommenden Personen über ihren Abholdienst informiert sind. Ob auch niemand, der sich angemeldet hat, vergessen wurde.

3 Wegweiser zum Wahllokal

Sorgen Sie dafür, daß zu allen Wahllo-

kalen Wegweiser der CDU den richtigen Weg ausschildern.

4 Plakatständer vor dem Wahllokal

In angemessenem Abstand zum Wahllokal, aber gut sichtbar, sollten Sie einige Dreieckständer mit den Schluß-Plakaten platzieren. Wichtig ist, daß Sie auch das Stimmzettelpakat auf diesen Ständern kleben haben.

5 Auszählungsbeobachter

Bestimmen Sie für jedes Wahllokal als Auszählungsbeobachter ein zuverlässiges Mitglied der Wahlkampfmannschaft. Der Beauftragte sollte sich kurz vor der Schließung des Wahllokals dort einfinden, um der öffentlichen Stimmauszählung beizuwohnen und das Ergebnis aktuell notieren zu können.

6 Besuch der Wahllokale

Die Wahlkreiskandidaten sollten am Wahltag möglichst viele Wahllokale besuchen.

7 Die Wahlparty

Laden Sie alle Wahlhelfer zu einer Wahlparty ein. Nach dem Wahltag bekommen Sie meistens alle Helfer nicht mehr zusammen. Nach allen gemeinsamen Anstrengungen sollte auch das Ergebnis gemeinsam gefeiert werden.

8 Das Wahlbarometer

Stellen Sie bei Ihrer Wahlparty eine große Tafel auf, auf der die Stimmergebnisse aller Parteien aufgezeichnet werden können. Die Auszählbeobachter geben aus jedem Wahllokal sofort das Ergebnis durch.

Staeck wieder abgeblitzt

Erneut ist am 19. September 1980 der Versuch gescheitert, gegen die CDU-Ausstellung „Politische Graphik gegen die Menschenwürde“ (s. UiD 34/80) gerichtlich vorzugehen. Der Graphiker Klaus Staeck hat seinen Antrag gegen die CDU auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen Teile der Ausstellung zurücknehmen müssen, nachdem die 8. Zivilkammer des Landgerichts Bonn die offensichtliche Unbegründetheit festgestellt hatte. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Antragsteller auferlegt.

■ WAHLAUFRUF DES PRÄSIDIUMS

Wir schaffen die politische Wende

Das Präsidium der Christlich Demokratischen Union Deutschland hat zur Wahl zum 9. Deutschen Bundestag auf seiner Sitzung am 22. 9. 1980 in Bonn unter der Überschrift „Wir schaffen die politische Wende“ folgende Erklärung verabschiedet:

Zwei Wochen vor der Bundestagswahl 1980 ist die Union in der Offensive. Der CDU/CSU ist es in diesem Wahlkampf gelungen, den Bürgern bewußt zu machen, was die wirklichen Probleme der Zukunft sind:

Sicherung des Friedens in Freiheit

Die Union sichert den Frieden und die Freiheit in unserem Land. Frieden in Freiheit wird gewährleistet in der Partnerschaft innerhalb des westlichen Bündnisses, insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika und durch eine vernünftige Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas. Dem Frieden nach außen kann nicht dienen, wer den inneren Frieden zerstört. Schmidt gefährdet den inneren Frieden, wenn er der CDU/CSU die Friedensfähigkeit abspricht.

Abbau der Neuverschuldung

Der rasche Schuldenzuwachs des Bundes muß gestoppt werden. Der Wähler weiß, daß nicht nur seine Zukunft, sondern auch die Zukunft seiner Kinder andernfalls unerträglich belastet wird. Unter der Führung Schmidts hat die

Bundesrepublik einen Schuldenstand von mehr als 220 Milliarden Mark erreicht. Die Union wird nach dem 5. Oktober wieder für solide Staatsfinanzen sorgen. Der Staat muß wieder sparsamer mit dem Geld der Bürger umgehen. Die Bundesrepublik Deutschland darf künftig im internationalen Vergleich nicht weiter in der Spitzengruppe der Länder stehen, deren Schuldenzuwachs das wirtschaftliche Wachstum bei weitem übertrifft.

Notwendige Unterstützung für die Familie

Die Wähler wissen, daß die verfehlte Familienpolitik der SPD/FDP unsere Gemeinschaft auf das Schwerste belastet. Die Zahl der Geburten geht dramatisch zurück und die Generationenkonflikte verschärfen sich. Die Jugend braucht wieder Hoffnung und Zuversicht. Zu den Schwerpunkten der CDU-Politik wird die Offensive für die Familie zählen. Jungen Ehepaaren muß es wieder möglich werden, ihren Wunsch nach Kindern ohne unzumutbare Belastungen zu verwirklichen. Das Gebot des Grundgesetzes, daß Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen, muß wieder politische Wirklichkeit werden.

Verlässliche Sicherung der Renten

Die Rentner haben erkannt, daß sie von Bundeskanzler Schmidt vor der Bun-

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

destagswahl 1976 getäuscht wurden. Alle Wähler wissen jetzt, was sie von Zusagen der SPD vor einer Wahl zu halten haben. Die CDU hat von Anfang an klargestellt, daß sie nicht jedem alles verspricht; aber was sie zusagt, das hält sie. Die CDU garantiert die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen dynamischen Rente.

Die Strategie der SPD ist erfolglos geblieben, Ursachen und Wirkungen der großen Zukunftsprobleme zu verbergen. Je näher der Wahltermin heranrückt, desto nervöser wird Bundeskanzler Schmidt. Wer es auch immer wagt, seine Politik zu kritisieren wird abgekanzelt.

Die Kampagne gegen den Kanzlerkandidaten der Union, Franz Josef Strauß, ist zusammengebrochen. Auch die SPD weiß heute, daß sich der Wähler den Blick für die wahlentscheidenden Sachfragen nicht durch die Verleumdungskampagne gegen einen Mann trüben läßt, den sie in der Großen Koalition als Bundesfinanzminister geschätzt hat.

Die Union führt den Wahlkampf geschlossen, zuversichtlich und kämpferisch. Die CDU ruft alle ihre Mitglieder und Freunde auf, ihren aktiven Einsatz und ihr klares Bekenntnis für die Union unvermindert fortzusetzen durch Gespräche im Betrieb, bei Freunden, in der Öffentlichkeit. Mit der Hilfe aller unserer Freunde werden wir am 5. Oktober die politische Wende herbeiführen.

Am 5. Oktober geht es um eine klare Entscheidung, bei der es keine Kompromisse gibt. Deshalb rufen wir die Wähler auf: Den SPD-Staat stoppen, CDU wählen!

■ WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

Erinnern Sie sich, Herr Bundeskanzler?

Heute verharmlost Bundeskanzler Schmidt die 171 Mrd. DM Schulden, die allein der Bund seit 1973 gemacht hat. Aber am 19. November 1966 klagte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt vor der Bremer SPD über eine Deckungslücke im Bundeshaushalt von 3 bis 4 Mrd. DM unter Ludwig Erhard und sagte: „Die Schuldigen gehören ins Gefängnis, weil sie uns in eine grauenhafte Situation gebracht haben.“ An seinen eigenen Maßstäben gemessen, müßte also bereits die gesamte Bundesregierung im Gefängnis sitzen ...

Auch katholische SPD-Politiker verurteilen hohe Staatsverschuldung

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat am 23. Mai 1980 in Bonn nach ausführlicher Diskussion eine „Erklärung aus Anlaß der Bundestagswahl 1980“ verabschiedet. Dieser stimmten auch die ZdK-Mitglieder Georg Leber, MdB, Spitzenkandidat der SPD für die Bundestagswahl in Hessen, und Heinz Rapp, MdB, Mitglied der SPD-Grundwertekommission, zu. In der Erklärung heißt es unter anderem:

„Die Politiker unseres Landes sind verpflichtet, in der staatlichen Ausgabenpolitik überhöhten Forderungen zu wehren und Prioritäten zu setzen, die den Lebensinteressen und der Verantwortung unseres Volkes entsprechen. Sie müssen die Schuldenlast so ab-

Schmidt nervös und unbeherrscht

Die katholischen Bischöfe haben in ihrem Hirtenbrief zur Bundestagswahl ihren Sorgen über das Ausmaß der Staatsverschuldung Ausdruck gegeben und davor gewarnt, „die Lebenschance unserer Kinder zu belasten“. Ich finde es höchst aufschlußreich, in welchem Geist und in welchem Stil die gegenwärtige Regierungskoalition — allen voran der Bundeskanzler — diesem Passus im Hirtenbrief der Bischöfe begegnen, stellte Helmut Kohl fest. Die unbeherrschten Äußerungen Schmidts verraten nicht nur, daß er in der Sache selbst mit dem Rücken zur Wand steht; sie lassen darüber hinaus erkennen, welches Verhältnis dieser Bundeskanzler zur Meinungsfreiheit und zur Kritik — mit einem Wort: zum Andersdenkenden — hat.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Erklärungen Schmidts die barsche, ja drohende Aufforderung an die Bischöfe, sich nicht mehr zu unterstehen, Themen anzusprechen, die ihm, Schmidt, mißfallen könnten: „Wir mischen uns von Staats oder Partei wegen auch nicht ein in die innerkirchliche Diskussionen über das Zölibat.“

Von moralischen Dimensionen kann beim Thema „Staatsverschuldung“ nach Auffassung dieses Bundeskanzlers ohnehin keine Rede sein; daher fehlt den Bischöfen selbstverständlich auch jegliches Recht, um die Zukunft der jungen Menschen in unserem Lande besorgt zu sein: „Von Krediten, Steuern und Staatshaushalt steht weder etwas im Alten noch im Neuen Testament.“

Sollten die Bischöfe so kühn sein, sich dennoch nicht den Mund verbieten zu lassen und sich weiterhin „in die Politik einmischen“ (Schmidt), so gibt es ja noch andere Mittel, gegen sie vorzugehen. Originalton Schmidt: „Die Kirchen müssen sich die Gegenfrage gefallen lassen, ob es wirklich stimmt, daß sie wegen der Ankoppelung der Kirchensteuer an die Lohnsteuer finanziell besser dastehen als jemals zuvor.“

Solche „Reaktionen“ des Bundeskanzlers auf den Hirtenbrief der Bischöfe als Entgleisungen zu bezeichnen, ist beinahe noch eine Untertreibung. Schmidt zeigt, daß ihm in den letzten Wahlkampftagen zunehmend die Kontrolle über sich selbst entgleitet.

bauen, daß die öffentlichen Einnahmen nicht mehr und mehr für die Verzinsung und Tilgung von Staatsschulden aufgewandt werden müssen. Wer der kommenden Generation wirklich Zukunftschancen eröffnen und unserem Land weitere Entwicklung sichern will, muß schon heute dafür sorgen, daß auch finanziell Spielräume für wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Gestaltungsmöglichkeiten erhalten bleiben und wieder geschaffen werden.“

Verhetzte FDP-Jugend

Eine Veranstaltung der Jungdemokraten, an der auch Bundesinnenminister Baum (FDP) teilgenommen hat und bei der ein Plakat mit der Aufschrift „Buback, Ponto, Schleyer — der nächste wird ein . . .“ ausgestellt war, hat heftige Proteste ausgelöst. Staatssekretär Hanns-Eberhard Schleyer, ein Sohn des von Terroristen ermordeten Arbeitge-

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

berpräsidenten, schrieb an den FDP-Vorsitzenden Genscher, er habe mit großer Betroffenheit von diesem Vorgang erfahren, „der sich auf skandalöse Art mit der Ermordung meines Vaters auseinandersetzt und in den Mitglieder Ihrer Partei verwickelt waren“.

Im Fernsehbericht über diese Wahlkampfveranstaltung vom 6. September sei nicht nur eine Schießbude gezeigt worden, „in der auf Karl Carstens, Richard Stücklen und Franz Josef Strauß geworfen werden konnte“, schrieb Schleyer, sondern auch dieses großformatige Plakat. Innenminister Baum habe nach Teilnehmerberichten einen Treffer in der Schießbude mit den Wor-

Der neue „Juso 80“

Noch zu haben — der neue „Juso '80“. Klassenloser Wagen für entsprechende Ansprüche (alle Angaben ohne Gewähr), von Chefkonstrukteur Karl Murx, Sonderausführung Typ Stamokap, steuerlos, 1,5-Liter-Einpeitschmotor mit totem Vermögensverteiler, große Hohlräume, 4 Rückwärtsgänge (unbegrenzter Leerlauf), Gürtelreifen, eng geschnallt, voll funktionsfähiger Steuergröschengasergaser, großer Kofferraum für viel Ballast. Baldur Keller, Neuanpach.

Anzeige in der Kronberger Zeitung laut Die Welt, 15. September 1980.

ten kommentiert, „da fällt der Strauß um“. Weder Baum noch der Judo-Vorsitzende Strässer hätten sich veranlaßt gesehen, etwas gegen dieses Spektakel zu unternehmen.

In einer offiziellen Erklärung versucht Baum inzwischen das Plakat als „Kritzelei eines Teilnehmers“ herunterzuspielen. Kommentar überflüssig.

Erziehungsgeld nur halb so teuer

Der rheinland-pfälzische Sozialminister Georg Gölder hat eine umfangreiche Studie mit dem Titel: „Erziehungsgeld — wem hilft ein Erziehungsgeld und was kostet es?“ vorgelegt. Die Untersuchung weist nach, welche wichtigen familien- und sozialpolitischen Wirkungen die geforderte Einführung eines Erziehungsgeldes haben würde. Die Studie macht auch deutlich, daß die tatsächlichen Belastungen der öffentlichen Finanzen durch ein Erziehungsgeld (400 DM monatlich für Kinder unter drei Jahren) infolge beträchtlicher Entlastungen im Arbeitsmarkt und Steuerbereich mittelfristig nur etwas mehr als 3 Mrd. DM betragen würden und daß damit die bisher genannten Kosten fast auf die Hälfte gesenkt werden.

Die SPD mißachtet den Willen der Eltern

Als „reformfeindlich und reaktionär“ hat, wie die „Rheinische Post“ berichtet, der nordrhein-westfälische DGB-Landesbezirk die Zielsetzung einer Gelsenkirchener Elterninitiative bezeichnet. Möglichen Parallelgründungen werde der DGB „nicht tatenlos“ zusehen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund reagierte damit auf den Versuch der Mehrheit der Eltern von Haupt-, Realschülern und Gymnasiasten des Schulzentrums Gelsenkirchen-Ückendorf, die von der Stadtverwaltung geplante Umwandlung des erst 1975 gegründeten Schulzentrums in eine neue Gesamtschule zu verhindern. Die Elterninitiative wirft dem Gelsenkirchener Stadtrat, in dem die SPD die absolute Mehrheit besitzt, vor, entgegen vielen Aussagen vor der Landtagswahl den Elternwillen zu mißachten und Schüler „wie Schachfiguren“ zu verplanen.

■ WAHLKAMPFTELEFON (02 28) 54 43 77

Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort

Bundeskanzler Schmidt behauptet, die kreditfinanzierte Wachstumspolitik habe sich gelohnt. Zum Beispiel die 35 Milliarden DM für Investitionen, die die Zukunft unseres Landes sichern und die 50 Milliarden DM Steuersenkungen seit 1974 seien gut angelegtes Geld. (Interview mit den „Husumer Nachrichten“ vom 26. August 1980.) Stimmt diese Behauptung?

Nein, seit 1975 haben wir im Jahresdurchschnitt rund eine Million Arbeitslose zu verzeichnen. Daran haben auch die **Investitions- und Arbeitsmarktprogramme** der Bundesregierung in Höhe von 20 Mrd. DM nichts geändert. Regierungsamtliche Experten befürchten sogar für die kommenden Jahre an die zwei Millionen Arbeitslose.

Die kreditfinanzierte Wachstumspolitik der Bundesregierung hat lediglich dazu geführt, daß das reale Bruttosozialprodukt von 1974 bis 1979 im Jahresdurchschnitt nur rund 2,4 % angestiegen ist. In den 60er Jahren waren die Zuwachsraten fast doppelt so hoch, sie lagen bei 4,9 %. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung heute Schulden aufnehmen muß, um die Zinsen für diese alten Schulden bezahlen zu können.

Ohne den nachhaltigen Druck der CDU/CSU wären die Steuerreform von 1974 sowie die Steuerpakete von 1978, 1979 und 1980 nicht oder nicht mit so hohem Entlastungsvolumen zustande gekommen. Demgegenüber hat die SPD/FDP-Koalition zur Finanzierung ihrer

Reformpolitik innerhalb der letzten acht Jahre zwölf Steuererhöhungen durchgedrückt. Dazu gehören u. a. die zweimalige Erhöhung der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer und der Mehrwertsteuer. Arbeitnehmer, Selbständige und Betriebe werden durch diese Steuererhöhungen insgesamt jährlich mit rund 30 Milliarden DM belastet.

Zu diesen direkten Steuererhöhungen kamen noch die sogenannten heimlichen Steuererhöhungen, an denen der Staat Jahr für Jahr etwa 20 Milliarden DM verdiente.

★

Die SPD behauptet, frühere CDU/CSU-Regierungen hätten auf Kosten künftiger Generationen Raubbau an der Umwelt geduldet und uns auf diese Weise unbezahlte Rechnungen in Milliardenhöhe hinterlassen. (Beschluß des Außerordentlichen Parteitages in Dortmund, 18./19. Juni 1976, Seite 37.) Ist das wahr?

Nein; im Gegenteil, die Bilanz der umweltpolitischen Regierungsarbeit CDU/CSU-geführter Bundes- und Landesregierungen kann sich sehen lassen. In der Zeit, in der die CDU die Bundesregierung stellte, sind vielfältige Gesetze zum **Umweltschutz** beschlossen worden. Die wichtigsten sind:

— Gesetz für das internationale Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl vom 21. März 1956,

(Fortsetzung auf Seite 10)

(Fortsetzung von Seite 9)

— Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. Juli 1957,

— Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren vom 23. Dezember 1959,

— Gesetz über Vorsorgemaßnahmen zur Luftreinhaltung vom 27. Mai 1965,

— Pflanzenschutzgesetz vom 10. Mai 1968,

— Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Altölbeseitigung vom 31. Dezember 1968.

Auch die umweltpolitischen Leistungen unionsgeführter Landesregierungen sind vorbildlich. Umweltskandale, wie sie fortlaufend in den von SPD und FDP regierten Ländern vorkommen, z. B. in Hessen (drei Umweltminister mußten vorzeitig gehen) und Hamburg, gab es in unionsregierten Bundesländern nicht.

Die Union hat sich von Anfang an dazu verpflichtet gesehen, nachfolgenden Generationen die Schönheit, den Reichtum und die lebenswichtigen Funktionen unserer Umwelt zu erhalten.

Deshalb hat die CDU als erste Partei in ihrem Grundsatzprogramm gefordert, den Zielkatalog der Wirtschaftspolitik durch das Ziel „Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens“ zu erweitern.

★

Bundesfinanzminister Matthöfer und die SPD rechtfertigen seit Monaten die übermäßige Staatsverschuldung mit der Behauptung, daß mit diesem Geld von der Bundesregierung etliche Arbeitsmarktsonderprogramme finanziert worden seien. Stimmt das?

Dazu stellen wir fest:

Die SPD/FDP-Bundesregierung hat seit

Beginn des Wirtschaftsabschwunges 1974

— Arbeitsmarktsonderprogramme mit einem Finanzaufwand von 5,58 Milliarden DM,

— Wirtschaftsförderungsprogramme mit einem Finanzbedarf von 21,15 Milliarden DM durchgeführt,

— 162,9 Milliarden DM neue Schulden gemacht.

Diese Zahlen beweisen:

— Nur 3,4 Prozent des Schuldenzuwachses wurden im Zeitraum 1974 bis 1980 von der Bundesregierung für Arbeitsmarktsonderprogramme ausgegeben.

— Für alle Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktprogramme wurden im Zeitraum 1974 bis 1980 zusammen nur 16,4 Prozent des Schuldenzuwachses ausgegeben.

Der wichtigste Rechtfertigungsgrund des Bundesfinanzministers und der SPD für die Staatsverschuldung ist also falsch, unhaltbar und widerlegt! Nur ein geringer Teil der Schulden wurde in den letzten Jahren für Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungsprogramme ausgegeben. Die These Matthöfers erweist sich als billige Ausrede.

★

Die SPD behauptet, sie habe dafür gesorgt, daß die Arbeitsplätze sicherer geworden wären. Stimmt diese Behauptung?

Nein, das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung geht in einer Analyse von Ende Juli davon aus, daß wir im nächsten Jahr auf den neuen Minusrekord von 1,1 Millionen **Arbeitslosen** kommen werden.

In einer Mitte August bekanntgewordenen Studie für das Bundesforschungsministerium wird bis in die 90er Jahre sogar eine Massenarbeitslosigkeit von über zwei Millionen prognostiziert.

■ DEM WÄHLER SAGEN

Thema: Steuern

Die SPD behauptet:

„Der Anteil der Steuern am Volkseinkommen ist seit mehreren Jahrzehnten nahezu unverändert.“

(Bundesfinanzminister Matthöfer in Finanznachrichten des BMF vom 28. August 1979)

Tatsache ist:

Eine gleichbleibende Steuerlastquote sagt noch nichts über die Struktur der Steuerlast aus. In die Steuerlastquote geht z. B. die Gesamtheit der Steuervergünstigungen ein, die oft nur wenigen Steuerpflichtigen zugute kommen, während die Mehrzahl der Steuerzahler von Jahr zu Jahr einer stärkeren Belastung ausgesetzt ist. Außerdem werden steuerähnliche Sonderabgaben für die Nebenhaushalte — wie etwa der Kohlepennig — nicht in der Steuerquote berücksichtigt. Die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben) wird sich 1980 auf etwa 40 Prozent belaufen.

Für die große Masse der Steuerzahler hat sich in den letzten zehn Jahren — von 1969 bis 1979 — das Lohnsteueraufkommen fast vervierfacht. Während in dieser Zeit das nominale Bruttosozialprodukt nur um 133 Prozent stieg, nahm das Lohnsteueraufkommen um 259 Prozent zu.

Hierzu ein Beispiel: Während 1965 ein lediger Durchschnittsverdiener von 100 DM Gehaltserhöhung 21,35 DM Lohn-

und Kirchensteuer zahlen mußte, waren dies im Jahr 1979 37,08 DM. Da die Lohnsteuer schneller gestiegen ist als die Einkommen, kletterte die prozentuale Lohnsteuerbelastung des Durchschnittsverdieners von 6,3 Prozent im Jahre 1960 auf 10,3 Prozent im Jahre 1969 und schnellte auf rund 16 Prozent im Jahr 1979 empor.

Noch ungünstiger wird das Bild, wenn man die gesamte Abgabenlast betrachtet; denn die volkswirtschaftliche Abgabenquote stieg von 35,2 Prozent im Jahre 1969 auf 40 Prozent im Jahre 1979 an. Die Grenzbelastung eines ledigen Durchschnittsverdieners erhöhte sich von 42 Prozent im Jahre 1965 auf fast 60 Prozent im Jahre 1979; damit bleiben heute einem Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Einkommen von einer Lohnerhöhung von 100 DM nach Abzug aller Abgaben nur noch 40 DM übrig.

Somit wird deutlich, daß trotz verschiedener Korrekturen bei der Lohn- und Einkommensteuer die Belastung keinesfalls gemindert wurde. Im Gegenteil, die Abgaben allgemein wie auch die Lohn- und Einkommensteuer speziell sind im Verhältnis zur Entwicklung der Realeinkommen und zur wirtschaftlichen Leistungskraft überproportional angestiegen. Das ist der Grund, weshalb die Union immer wieder einen Abbau der heimlichen Steuererhöhungen gefordert hat.

■ MEDIEN

Schwere Verstöße gegen journalistische Grundsätze

„Nachricht und Kommentar sind zu trennen“. Dies fordern alle Rundfunkgesetze, ganz gleich, ob der Kommentar aus Worten oder aus Bildern besteht. Doch gegen diesen Grundsatz verstoßen Berichterstatter und Moderatoren der Rundfunkanstalten immer wieder. Besonders häufig in Wahlkampfzeiten. Dazu drei Beispiele aus jüngster Zeit:

Beispiel Nummer eins aus der „Tagesschau“. ARD-Polen-Korrespondent Peter Gatter berichtete über die Pilgerfahrt deutscher Bischöfe durch Polen. Während sein Kollege vom ZDF-„Heute“ sachlich die Situation dieser Reise und den Gedankenaustausch zwischen dem deutschen und dem polnischen Episkopat schilderte, hielt es Gatter für richtig, die innerdeutsche wahlpolitische Kontroverse über das Hirtenwort der deutschen Bischöfe in seinen Polenbericht einzubringen. Er sprach von einem bedenklichen Timing zwischen beiden Ereignissen und von den vorauszusehenden negativen Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis. Und dann erschien der Bundeskanzler im Bild mit seiner Kritik an den Bischöfen.

Beispiel Nummer zwei: In den „Bonner Perspektiven“ des ZDF wurde über die Wahl-Aktivitäten der Partei-Jugendorganisationen berichtet. Auch über eine Veranstaltung der Judos. Der Berichterstatter hielt es für richtig, im Bild zu

zeigen, wie die Judos mit Bällen gegen die Papp-Köpfe von Carstens, Strauß und Kohl werfen. Er zeigte im Bild ein Plakat, das ankündigte, nach Buback, Ponto und Schleyer werde es weitere Terror-Opfer geben. Der Kommentar des Journalisten: „Über Geschmack läßt sich streiten.“ Dann erschien FDP-Generalsekretär Verheugen im Bild. Er zeigte großes Verständnis für die Aktivitäten der Judos.

Beispiel Nummer drei: Bilder von den Nato-Manövern in ZDF-„Heute“. Panzer unter Tarnnetzen, Soldaten im Gelände. Doch der Berichterstatter erklärte nicht die „Lage“, sondern resümierte: Bundespräsident Carstens kommt nicht, obwohl er erwartet wird. Ins „Feld“ geht er nicht, dagegen zu den Gelöbnissen der Bundeswehr-Rekruten und zum großen Zapfenstreich. Dafür kommt aber der Bundeskanzler und sein Verteidigungsminister. Sie scheuen das raue Klima des Manövers nicht.

Die Trennung zwischen Nachricht und Kommentar ist selbstverständlich für Journalisten, die sich als Chronisten des Zeitgeschehens verstehen. Als unerträglich empfinden diese Regel wohl jene Journalisten, die einseitige Parteigänger sind.

Ein ganz aktuelles Ereignis: In einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ hat der Intendant der Deutschen Welle, Konrad Ahlers, offene Wahlhilfe für die SPD und damit Amtsmißbrauch betrieben. Hierzu stellt der medienpolitische Sprecher der Union, MdB Christian Schwarz-Schilling, fest: Wenn der zur parteipolitischen Neutralität verpflichtete Intendant einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt sich derart offen und ungeniert als SPD-Wahlhelfer betätigt, dann zeigt dies erneut, wie berechtigt die Aufforderung der Union ist, am 5. Oktober den SPD-Staat zu stoppen.

Nächste Woche im Fernsehen/Hörfunk

CDU-Wahlspots

ARD

Fr. 3. 10. 20.15 Uhr

ZDF

Mo. 29. 9. 21.20 Uhr

Fr. 3. 10. 19.21 Uhr

NDR (Norddeutscher Rundfunk)

Mo. 29. 9. 12.55 Uhr I. Programm

Fr. 3. 10. 11.50 Uhr II. Programm

Mi. 1. 10. 18.25 Uhr I. Programm

Fr. 3. 10. 11.55 Uhr II. Programm

12.55 Uhr I. Programm

WDR (Westdeutscher Rundfunk)

Mo. 29. 9. 12.55 Uhr I. Programm

Di. 30. 9. 11.50 Uhr II. Programm

Mi. 1. 10. 18.25 Uhr I. Programm

Fr. 3. 10. 11.55 Uhr II. Programm

12.55 Uhr I. Programm

RBR (Radio Bremen)

Do. 2. 10. 16.52 Uhr

Fr. 3. 10. 12.27 Uhr

HR (Hessischer Rundfunk)

Di. 30. 9. 17.55 Uhr

Fr. 3. 10. 6.20 Uhr

SR (Saarländischer Rundfunk)

Mo. 29. 9. 9.05 Uhr III. Programm

Di. 30. 9. 8.05 Uhr I. Programm

Do. 2. 10. 9.05 Uhr I. Programm

Fr. 3. 10. 8.05 Uhr I. Programm

SWF (Südwestfunk)

Di. 30. 9. 7.27 Uhr I. Programm

Do. 2. 10. 13.07 Uhr III. Programm

Fr. 3. 10. 7.27 Uhr I. Programm

SDR (Süddeutscher Rundfunk)

Di. 30. 9. 19.27 Uhr I. Programm

Mi. 1. 10. 12.57 Uhr I. Programm

19.27 Uhr III. Programm

Do. 2. 10. 12.57 Uhr I. Programm

Fr. 3. 10. 13.57 Uhr III. Programm

DLF (Deutschlandfunk)

Do. 2. 10. 18.30 Uhr

CSU-Wahlspots

ARD

Mi. 1. 10. 20.15 Uhr

ZDF

Mi. 1. 10. 19.21 Uhr

BR (Bayerischer Rundfunk)

Mo. 29. 9. 12.10 Uhr I. Programm

Di. 30. 9. 6.05 Uhr I. Programm

11.05 Uhr I. Programm

Mi. 1. 10. 12.10 Uhr I. Programm

Do. 2. 10. 11.05 Uhr I. Programm

Fr. 3. 10. 7.05 Uhr I. Programm

DLF (Deutschlandfunk)

Di. 30. 9. 18.30 Uhr

Politische Fernsehsendungen zur Bundestagswahl 1980:

So. 28. 9. 20.15 Uhr ZDF

Wahlkampf heute abend

Live bei vier Parteien

Mo. 29. 9. 21.15 Uhr ARD

Deutschland vor der Wahl

Thema: Außen- und

Sicherheitspolitik

CDU-Teilnehmer:

Walter Leisler Kiep

Manfred Wörner

Di. 30. 9. 21.20 Uhr ZDF

Endspurt

Helmut Schmidt und

Franz Josef Strauß

im Wahlkampf

Do. 2. 10. 20.15 Uhr ARD und ZDF

Drei Tage vor der Wahl

Diskussion mit den

Spitzenkandidaten der

vier im Bundestag

vertretenen Parteien

ARGUMENTE aus dem UiD

Innere Sicherheit

Im Kapitel 2.2: „Wir sichern Recht und Freiheit“ des Wahlprogramms der CDU/CSU für die Bundestagswahl heißt es: Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und damit den inneren Frieden in unserer Gemeinschaft zu sichern, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates (**UID-Dokumentation 19/80, Seite 25 f.**).

UID-Extra (gelber Teil) 23/80 stellt Jungsozialisten und Jungdemokraten als „Linke Wegbereiter von SPD/FDP“ vor. Das Kapitel „Innere Sicherheit“ (Seite 5) befaßt sich mit dem Zurückweichen vor dem politischen Extremismus.

Zum Verfassungsschutzbericht 1979 durch Bundesinnenminister Baum erklärt der Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Benno Erhard, diese Berichterstattung ist unausgeglichen zugunsten des Linksextremismus (**UID 26/80, Seite 9**).

Vor der Bundespressekonferenz stellt Alfred Dregger fest: Die innere Sicherheit und der innere Frieden unseres Landes haben unter der Regierungsverantwortung von SPD und FDP erhebliche Einbußen erlitten. Die CDU/CSU weiß, daß es Freiheit ohne Sicherheit nicht gibt (**UID 31/80, Seite 1 ff.**).

Die FDP kann dem Mittelstand nicht helfen

Die krampfartigen Bemühungen der FDP, am 5. Oktober die Macht von Helmut Schmidt zu erhalten, haben eine neue kuriose Blüte getrieben: Eine „Initiative Mittelstand für die FDP“. Der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld), MdB, erklärte dazu: Wer die Unterzeichner des Gründungsaufrufs kennt, wird schnell feststellen, daß es sich bestenfalls um eine Randgruppeninitiative handeln kann.

Der handwerkliche Mittelstand erinnert sich an das doppelzüngige Verhalten der Pünktchen-Partei in der Frage der Bekämpfung der Schwarzarbeiter;

— der gewerbliche Mittelstand denkt zurück an bestimmte, nicht eingehaltene Zusagen über die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes im Gastgewerbe;

— die freien Berufe werden nun zum dritten Male auf eine weitere Legislaturperiode vertröstet bei der gesetzlichen Gleichstellung ihrer Vorsorgeaufwendungen mit denen der Arbeitnehmer;

— der Einzelhandel und seine Mitarbeiter freuen sich über die famosen Einfälle profilsüchtiger FDPler zur Ladenschlußregelung, um die es z. Z. übrigens verdächtig still ist;

— die leitenden Angestellten haben die Wahlversprechen von 1972 und 1976, ihre Sprecherausschüsse gesetzlich zu verankern, noch bestens im Gedächtnis.

Dies sind nur einige Forderungen von vielen, für deren Durchsetzung die FDP zehn Jahre Zeit hatte und die sie heute dreist als ihr Programm ausgibt.

Das Gewicht dieses angeblichen Mittelstandsinteressenverbandes und die Glaubwürdigkeit der von ihm gestützten Partei entsprechen einander.

Zur Sache:

Mit zwei Stimmen entscheiden Sie
die Wahl am 5. Oktober
Beide Stimmen für die CDU

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen.

Die erste Stimme
ist die Kandidatenstimme

Kandidat der
CDU



Mit dieser Stimme entscheiden Sie,
wer Ihren Wahlkreis im Bundestag
persönlich vertreten soll.
Gewählt ist der Kandidat, der die
meisten Stimmen erhält. Alle
anderen Stimmen fallen ersatzlos
unter den Tisch. Nur die Hälfte aller
Abgeordneten wird direkt im
Wahlkreis gewählt.

Die zweite Stimme
ist die Parteienstimme



CDU

Auf die Zweitstimme kommt es an.
Mit dieser Stimme entscheiden Sie,
mit wieviel Abgeordneten Ihre
Partei im Bundestag vertreten ist.
Alle Zweitstimmen für eine Partei
werden auf Bundesebene
zusammengerechnet. Nach der
Gesamtzahl aller Zweitstimmen für
die jeweilige Partei wird die Zahl
ihrer Abgeordneten im Bundestag
bestimmt.

Die Zweitstimme ist nicht weniger wichtig als die Erststimme.
Mit Ihrer Zweitstimme entscheiden Sie
über die Stärke Ihrer Partei im Deutschen Bundestag
und damit über die Regierungsbildung.

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Polemik als Bumerang

Je sorgfältiger man den Hirtenbrief der katholischen Bischöfe durchliest, um so mehr wundert man sich über die Polemik gegen diese Worte. Im Grunde geht es nur um das Wort von der Staatsverschuldung. Das Bischofswort kritisiert die Ausweitung staatlicher Tätigkeit. Diese Ausweitung ist in der Tat bedrückend und hat unbestritten die Verschuldung dieses Staates gegenüber früheren Jahren hochgetrieben. Daß die zunehmende Verschuldung zurückgeschraubt werden muß, sagen nicht nur die CDU/CSU und die Bischöfe, das sagt auch in seinen Wahlreden der FDP-Wirtschaftsminister, und der SPD-Finanzminister von Düsseldorf handelt beim Haushalt für 1981 bereits danach. NRW-Sozialminister Farthmann (SPD) wirft der katholischen Kirche nun vor, sie habe vom Staat Milliarden bekommen und sei so an der Staatsverschuldung mitschuldig. Farthmanns Zahlen

stimmen. Nur hat die Kirche dieses Geld zum Teil gar nicht gewollt — es wurde ihr vom Staat aufgezwungen.

Beispiel: katholische Krankenhäuser. Sie wurden in einen Bedarfsplan gezwungen und dürfen zum Bau oder Ausbau ihrer Krankenhäuser nicht mehr ihre laufenden Einnahmen verwenden. Der Staat hat die kirchlichen Krankenhäuser in den Griff genommen, um eine Kostendämpfung aller Krankenhäuser zu erreichen.

Ein anderer Bereich sind die Zuschüsse des Staates für die sozialen Einrichtungen der Kirche. Dazu zählen Altenheimen, Schulen, Kinderheime, Ferienwerke, Studentenwohnheime, Gastarbeiterwohnungen, Jugendheime, Erziehungsberatung. Hierfür erhalten die Kirchen Zuschüsse vom Land und von den Gemeinden. Das ist nicht mehr als recht und billig. Würden die Kirchen diese Aufgaben nicht übernehmen, müßte der Staat die vollen Kosten tragen, und das wäre ein Vielfaches der Zuschüsse.

Kölnische Rundschau, 19. Sept. 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD